



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/54 - 6. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21991-99

Fernschreiber 0686890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Kommuniqué Dulles-Brentano	S. 1
Spernungen in der finnischen Sozialdemokratie	S. 3
Mehr Schutz den Hausfrauen	S. 5
Vorbild Tschiang-kai-schek ?	S. 6

Keine Festlegung

sp - Bei aufmerksamer Lektüre des Kommuniqués, das Dienstag
Abend im Anschluss an die Unterredung herausgegeben wurde, die der
amerikanische Außenminister Dulles mit Bundesaußenminister von
Brentano in Washington hatte, ergibt sich eine seltsame Feststellung.
Ausser einigen zu nichts verpflichtenden Bemerkungen enthält dieses
Dokument lediglich Hinweise auf längst bekannte Selbstverständlich-
keiten. Da wird z.B. gesagt, beide Minister hätten darüber überein-
gestimmt, dass die EWG angesichts der jüngsten Entwicklungen ^{in Nahen Osten} und
in Osteuropa in ihrer Wachstumsrate nicht nachlassen dürfe.

Wer hätte jemals etwas anderes erwartet ?

Das Kommuniqué spricht auch von der Sinnlosigkeit darüber, dass
eine friedliche Lösung der Nah-Ost-Probleme in Einklang mit den
Grundsätzen internationalen Rechtes dringend notwendig sei.

Auch hier: Wer hätte etwas anderes erwartet ?

Und so geht es weiter. Wenn an einer anderen Stelle des Kommuniqués
gesagt wird, dass die Wiedervereinigung Deutschlands das Hauptziel
beider Regierungen bleibe und dass durch die jüngsten Entwicklungen
in Osteuropa besonders klar zutage trete, wie wichtig die Lösung der
deutschen Frage sei, so wird damit nur noch einmal das bestätigt, was
seit langem bei vielen Gelegenheiten betont wurde.

Nach der Unterredung Dulles-Brentano meinten - laut Spa -

deutsche Konferenzteilnehmer, man sei überzeugt, dass kein Anzeichen für eine amerikanische Politik der Entfernung von Europa vorliege...

Hier wirft sich die Frage auf, warum man es deutscherseits für notwendig hält, dies zu betonen. Hat irgendjemand in Bonn Grund zu der Annahme gehabt, die amerikanische Politik werde sich "von Europa entfernen"? Das wäre doch mehr als merkwürdig, nachdem man in Bonn, besonders in letzter Zeit, stets behauptet hat, die amerikanische Politik sei "unveränderlich".

Unwillkürlich drängt sich im Zusammenhang mit der Lektüre dieses Dulles-Brentano-Kommuniqués ein Vergleich mit jenen Verlautbarungen auf, die erst vor einigen Tagen nach dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Mollet und seines Außenministers Pineau im Anschluss an Unterredungen mit Eisenhower und Dulles herausgegeben wurden. Auch in dem Kommuniqué über diese Unterhaltungen waren keine Überraschungen enthalten; es beschränkte sich auf die Feststellung allgemeiner Grundsätze, in denen man übereinstimmt.

Es gibt nur eine Erklärung für die auffallende Zurückhaltung, die die offizielle amerikanische Politik im gegenwärtigen Zeitpunkt an den Tag legt. Die amerikanische Regierung will sich nicht festlegen. Sie will einerseits vermeiden, ihre Bündnispartner vor den Kopf zu stoßen, will aber andererseits ganz offensichtlich das Terrain für neue Entwicklungen vorbereiten. Die Begleitmusik zu dieser nicht mehr zu bezweifelnder Haltung der offiziellen amerikanischen Politik gibt die "Washington Post", die in einem Kommentar zum Amerika-Besuch Brentanos und zu den gestern begonnenen Beratungen der "Arbeitsgruppe" über das Deutschlandproblem schreibt:

"Es bestand die enttäuschende Tendenz, starr an der Theorie festzuhalten, dass Bonn nur durch eine fortgesetzte Demonstration der Stärke jemals hoffen könne, dass Moskau seinen Griff löst, mit dem es die Sowjetzone umklammert hält. Brentano kommt zu einer Zeit, in der die künftigen Beziehungen Deutschlands zum Westen kritisch und umfassend überprüft werden".

Noch seltener ist die Unfruchtbarkeit der Politik der jetzigen Bundesregierung im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands so sehr zutage getreten wie jetzt. Diese Regierung steht vor der Frage, ob sie "umschalten" oder auch weiterhin zum Schaden des deutschen Volkes ihre unfruchtbare Politik fortsetzen soll.

Butter gefährdet finnische Regierungskoalition

R.E. Helsinki

Butter ist in Finnland - noch mehr als in der Bundesrepublik - ein politischer Sprengstoff ersten Ranges. Der kürzliche Regierungsbeschluss, die Milch- und Butterpreise zu senken, sprengte die Koalition. Die agrarische Reichstagsfraktion zog ihre sechs Minister aus der Regierung.

Die Milchpreissenkung entsprach einem früheren Koalitionsabkommen. Die hohen Staatssubventionen für Milch und Butter haben nämlich zu einer derartigen Überproduktion geführt, dass Butter und Käse in steigender Masse zu Unterpreisen im Auslande verkauft werden müssen. 1956 kostete dies der Staatskasse mehr als vier Milliarden Finnmark. Die Finnen selber verwenden meist Margarine, da der Inlandspreis für Butter zu hoch ist. Die Agrarier wollten daher der Butterpreis-Senkung nur bei gleichzeitiger kräftiger Erhöhung der Margarinepreise zustimmen. Das war für die sozialdemokratischen Koalitionspartner untragbar.

Gerade jetzt würde Finnland eine starke Regierung brauchen, denn Finnlands Wirtschaftsleben, das erst vor kurzem von der schweren Last der Kriegsentschädigungen an die Sowjetunion und der Übersiedlung von zehn Prozent seiner Bevölkerung aus den sowjetisierten Ostgebieten befreit werden konnte, ist trotz andauernder Exportkonjunktur in eine Sackgasse geraten. Die Agrarier haben sich ihre Unentbehrlichkeit in den Regierungskoalitionen ständig mit hohen Subventionen bezahlen lassen. Die trotz kommunistischer Quertreibereien sehr starken Gewerkschaften haben die Arbeiterlöhne rasch hochgetrieben. Das Bürgertum drängt auf Angleichung. Dieses gegenseitige hinaufblättern der Einkommen hat dazu geführt, dass die Kaufkraft der Bevölkerung ständig ihre Produktionsleistung übersteigt, dass die Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande trotz Exportkonjunktur immer passiver und die Staatskasse immer leerer wird. Jede Bevölkerungsgruppe erwartet nun von den anderen das zur Gesundung erforderliche Nachgeben.

Keine der grossen politischen Gruppen kann in Finnland allein regieren. Das Bürgertum ist in drei kleine Parteien zersplittert. Die mit 43 von insgesamt 200 Mandaten im Reichstag vertretenen Kommunisten bleiben bei Koalitionsverhandlungen ausser Acht. Die Agrarier haben die Butterpreise zur Prestigesache gemacht und die mit 53 Reichstags-

mandaten grösste Partei des Landes, die Sozialdemokratie, befindet sich gegenwärtig in einer lähmenden inneren Auseinandersetzung, mit deren Beilegung kaum vor dem ausserordentlichen Parteitage zu Ostern gerechnet werden kann. Die Auseinandersetzung spielt sich in sehr persönlichen Formen ab, ihre tiefere Ursache ist aber zweifellos die Unmöglichkeit, die bisherige Koalitionspolitik fortzusetzen. Der ehemalige, noch immer hochgeschätzte Parteiführer Väinö Tanner und der bisherige Ministerpräsident August Fagerholm haben schon früher darauf hingewiesen, dass die Weiterentwicklung Finnlands zu einem modernen Sozialstaate um den Preis eines allgemeinen Zurückschraubens der Ansprüche aller Bevölkerungsgruppen erkauft werden müsse. Der Parteisekretär Väinö Leskinen, eine der Hauptgestalten in dem Konflikt, beruft sich auf die Stellungnahme dieser beiden Parteiführer und hat, um eine Klärung zu erleichtern, auf Annaten Tanners darauf verzichtet, für den Posten des Parteivorsitzenden oder Parteisekretärs zu kandidieren. Seine Widersacher, der gegenwärtige Parteivorsitzende Skog und Antikainen, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, scheinen eher den bisherigen Parteikurs zu bevorzugen und haben sich in letzter Zeit auch gegen Fagerholm gewandt.

Sowohl Tanner als auch Fagerholm haben immer wieder erklärt, dass sie vor allem für die Erhaltung der Parteeinheit und die Wiederherstellung der Aktionskraft eintreten. Eine einheitliche starke Sozialdemokratie ist für Finnland von ausserordentlich grosser Bedeutung, da nur durch sie die verhältnismässig zahlreicheren Kommunisten in Schranken gehalten werden können und da es ohne schlagkräftige Sozialdemokratie in Finnland noch viel schwerer als bisher wäre, kommunistenfreie Regierungskoalitionen zustande zu bringen. Die agrarische Spekulation, durch Erzwingung von Neuwahlen die augenblickliche Schwäche der Sozialdemokraten ausnützen zu können, wird der Parteikongress zu Ostern wohl durchkreuzen.

* * *

SPD-Vorschlag für berufstätige Hausfrauen

tz. - Stuttgart

Die Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik ist im Vorjahr um rund 800 000 Personen gestiegen und überschritt damit die 18-Millionen-Grenze. Fast die Hälfte dieses Zuwachses oder genau 47 Prozent kam aus den Reihen bisher nicht beschäftigt gewesener Personen. In Überwiegender Zahl handelt es sich dabei um Frauen.

Soweit es sich bei den neu in den Wirtschaftsprozess eingegliederten weiblichen Beschäftigten um unverheiratete Frauen handelt, entsteht dadurch kein besonderes Problem. Es ist lediglich darauf zu achten, dass die von der Natur für die Frauen gezogenen Grenzen eingehalten und sie nur in Berufen beschäftigt werden, die ihren physiologischen Besonderheiten entsprechen. Wesentlich anders aber verhält es sich mit der Berufstätigkeit verheirateter Frauen. Für die verheiratete Frau liegt der natürliche Wirkungsbereich in Heim und Familie.

Die moderne Entwicklung - was sie beeinflusst soll hier völlig unberücksichtigt bleiben - aber macht die ausserhäusliche Tätigkeit der verheirateten Frau, die früher einmal als Ausnahme galt, immer mehr zur Regel. Dass in dieser Entwicklung eine Gefahr liegt, die nicht nur soziologische Entstellungen mit sich bringt, sondern auch die Frau selbst in eine ernsthafte gesundheitliche Gefährdung bringt, liegt auf der Hand. Schliesslich ist es auf die Überbeanspruchung der erwerbstätigen Frau und Mutter zurückzuführen, dass heute 85% der berufstätigen Frauen vor dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze invalidisiert werden. Verheiratete erwerbstätige Frauen und Mütter können sich bei Erkrankungen kaum die notwendige Schonung verschaffen und müssen auch auf jeden noch so dringenden Erholungsurlaub verzichten, weil niemand da ist, der für sie den Haushalt versorgt.

Wie es um Haushaltshilfen bestellt ist, davon legt der Stellenmarkt ein beredtes Zeugnis ab. Sie sind meist nur für solche Kreise greifbar, wo sie mehr einem Repräsentationsbedürfnis entsprechen und

weniger eine menschlich-moralische Funktion in der Familie erfüllen.

Diese bedenklichen Tatsachen veranlassten den sozialpolitischen Ausschuss des Landesbezirks Südwest der Sozialdemokratischen Partei zu ernsthaften Überlegungen. Gerade in Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der höchsten Frauenerbeitsquote, manifestierte sich damit die allgemeine Verantwortlichkeit für eine Entwicklung, der im Interesse der substantziellen Gesundheit des Volkes Widerpart geboten werden muss. Der sozialpolitische Ausschuss des SPD-Landesbezirks setzt sich für einen verstärkten Ausbau und die Koordinierung aller Einrichtungen der Hauspflege ein und fordert die unentgeltliche Ausbildung von Hauspflegerinnen, die den Haushalt betreuen sollen, wenn die Hausfrau erkrankt oder erholungsbedürftig ist. Träger der Hauspflege soll nach dem Vorschlag des Ausschusses ein Hauspflegeverein werden und die Mittel für die Hauspflege sollen vom Staat, den Gemeinden, den Verbänden der Freien und Karitativen Wohlfahrt und zu einem Teil auch von den betreuten Familien aufgebracht werden. Dass auch dem Müttergenesungswerk eine stärkere staatliche Förderung zuteil werden muss, ist ein weiteres Verlangen des Ausschusses, das keinerlei Ausflüchte verträgt.

Diese Initiative aus Baden-Württemberg sollte auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt werden. Die Aufgaben, die auf diesem Gebiet zu lösen sind, müssen fern jeder statistisch-bürokratischen Betrachtungsweise angegangen werden. Nur dann wird es auch nicht allzu schwer sein, in den Staatshaushalten aller Länder für diese Aufwendungen auch den entsprechenden Titel zu finden.

+ + +

Sage mir, mit wem Du umgehst...

sp. Die Vielzahl Bonner Gesellschaften ist um ein neues Glied bereichert worden. Als Taufpate betätigte sich diesmal der christlich-demokratische Bundestagsabgeordnete Majonica, und die Schöpfung, der er vorsteht, heisst deutsch-chinesische Gesellschaft. Wer vermutet, dass sich diese neueste Gründung auf dem bundesrepublikanischen Hauptstadtpflaster die Pflege der Beziehungen mit dem zahlenmäßig größten Volk der Erde - die dritte Weltmacht von morgen - als Aufgabe gesetzt hat, ist allerdings im Irrtum. Nichts dergleichen schwebt Majonica und seinen Freunden vor - ja, geradezu das Gegenteil. Seine Liebe und Freundschaft

gilt dem greisen chinesischen Marschall Tsching-kai-schek, den er der Vergessenheit entreissen und zur Schlüsselfigur der asiatischen Bühne erheben will, Welch vergebliches Bemühen!

Um diesen Marschall, der, vertrieben von Heimatland, auf der Insel Formosa Zuflucht fand, im Hader mit seinem Geschick, das der Tragik gewiss nicht entbehrt, ist es seit Jahren recht still geworden, seine ehemals mächtigen amerikanischen Freunde legten ihm Zügel an, die ihn zur Untätigkeit verurteilen. Die Stunde, auf die der ehemalige Beherrscher Chinas wartet, wäre nur um den Preis eines DrittenWeltkrieges zu haben - ein Preis, den die USA - wofür sie die Dankbarkeit der ganzen Welt verdienen - keineswegs zu zahlen bereit sind. Tschiang-kai-schek träumt mit den Resten seiner einstigen Millionenarmee von einer siegreichen Rückkehr nach dem chinesischen Festland, ihr gilt das ganze Sinnen und Trachten dieses verbitterten, sich seiner Ohnmacht wohl bewussten Mannes. -

Der Abgeordnete der christlich-demokratischen Union hegt, und das ist das Bestürzende an dieser Gründung, die gleichen Träume, in seltsamer, aber freilich ihn kennzeichnender Verblendung verkennt er die asiatische Wirklichkeit, in der ein Tschiang-kai-schek keinen Platz mehr hat, denn über ihn ist die Geschichte hinweggegangen. Irgendwann, und wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zukunft, wird sich die Bundesrepublik mit der Realität des neuen Chinas abfinden müssen, das dabei ist, die drückenden Fesseln seiner Vergangenheit abzuschütteln und sich in die vorderste Reihe der Mächtigen dieser Erde einzuordnen. Viele ehemaligen Freunde und Kampfgefährten Tschiang-kai-scheks haben sich mit der Regierung von Peking befreundet und stellen ihre Dienste ihr zur Verfügung. Sie verschlossen als Realisten ihre Augen nicht vor den unbestreitbaren Fortschritten, die das neue China erreicht hat und die gewisse geeignet sind, dieses Riesengebiet mit seinen 600 Millionen Menschen zu einer modernen Weltmacht umzugestalten.

In Peking, nicht auf der Insel Formosa, deren Bewohner in der überwiegenden Mehrzahl nicht Chinesen sind, wird die chinesische Zukunft entschieden - gegen Tschiang-kai-schek und alles, was er verkörpert. Es wäre wahrhaftig verhängnisvoll, auch für unser Volk, liesse es sein Chinabild von Vorstellungen und Wunschträumen bestimmen, denen ein Majonica und sein gewisse nicht unbeträchtlicher Anhang im Regierungsausschuss offensichtlich unterliegen. Diese offene Liebe für einen Kreuzzugsdes Kälten Krieges bringt uns in der Gefahr, den Kalten Krieg zu erhalten und ihn zu schüren, gerade auch dort, wo er zum Heissen Krieg entarten kann...

Zum Glück wird diese Gründung des Herrn Majonica zum Schattendasein verurteilt sein. Die Zukunft spricht gegen sie. * * * - - -

Verantwortlich: Günter Markschaffel